

Zum Tage

Herrmann zu Mollath und Ingolstadt

Unnötige Ratschläge

Es gibt unter Politikern eine wichtige Grundregel. Die lautet: Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich. Am Tag nach der Geiselnahme von Ingolstadt hat Bayerns Innenminister ziemlich klar gegen diese Regel verstoßen. Er hat es geschafft, den Fall Mollath mit der Geiselnahme von Ingolstadt zusammenzubringen. Tenor: Nur weil Mollath vielleicht unschuldig in der Psychiatrie saß, dürften die Herren Richter doch bitte keine Hemmungen haben, andere mögliche Gewalttäter einzuweisen. Wie man es auch dreht und wendet, dieser Vergleich geht für Herrmann voll nach hinten los. Es besteht überhaupt kein Zusammenhang zwischen den zwei Fällen. Noch dazu hat sich gerade die CSU, insbesondere Herrmanns Kabinettskollegin, Justizministerin Beate Merk, im Fall Mollath nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Und: Wie kann der Innenminister der Justiz unterstellen, sie würde jetzt als Konsequenz aus dem Fall Mollath andere Straftäter frei herumlaufen lassen? Die Richter müssen den Einzelfall bewerten – und wenn es rechtsstaatlich zugeht, kommen sie dabei ohne gute Tipps einer Regierung aus!



Marc Kniepkamp

Politik-Magazin

SCHÄUBLE RÄUMT EIN 3. Rettungspaket für Athen

Jetzt also doch: Griechenland benötigt nach Einschätzung von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) nach 2014 ein drittes Rettungspaket. Einen neuen Schuldenerlass für Athen schließt er aber weiterhin strikt aus. „Es wird in Griechenland noch einmal ein Programm geben müssen“, räumte Schäuble am Dienstag bei einer Wahlkampfveranstaltung in Ahrensburg bei Hamburg ein. Die Opposition sprach von einem Eingeständnis sowie von einer Positionsänderung. Die konkreten Zahlen für weitere Hilfen müssten noch vor der Bundestagswahl auf den Tisch. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück sagte, es bestehe der Verdacht, dass die Bürger getäuscht werden sollten.



RAWALPINDI Musharraf vor Gericht

Pakistans Ex-Militärmachthaber Pervez Musharraf wurde am Dienstag wegen Mordes und Verschwörung zum Mord an seiner Erzrivalin Benazir Bhutto angeklagt. Der 70-Jährige, der unter schärfsten Sicherheitsvorkehrungen zum Gericht in Rawalpindi gebracht wurde, plädierte auf nicht schuldig. Die frühere Premierministerin Bhutto starb am 27. Dezember 2007 bei einem Anschlag in Rawalpindi. Im Jahr nach dem Mordanschlag wurde Musharraf aus dem Amt gedrängt. Erst im März kehrte er aus dem Exil nach Pakistan zurück.

SPD-VIZE Ganztagschule garantiert

Die SPD will einen Rechtsanspruch auf Ganztagschulen einführen. Parteivize Manuela Schwesig kündigte im Falle eines Wahlsiegs ein entsprechendes Schulprogramm für vier Jahre in Höhe von acht Milliarden Euro an. Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) weist darauf hin, dass acht Milliarden Euro derzeit im Bundeshaushalt nicht vorhanden seien. Außerdem seien die Länder zuständig.

BERLIN Kanzlerin lädt Bürger ins Amt

Bundeskanzleramt und sämtliche Berliner Ministerien öffnen am kommenden Wochenende zum 15. Mal ihre Türen für die Bürger. Vize-Regierungssprecher Georg Streiter rechnet mit mehr als 125 000 Gästen. So viele waren's 2012, in den Vorjahren sind teils deutlich mehr gekommen.

Merkel als erste Kanzlerin in der KZ-Gedenkstätte Dachau



Angela Merkel legte bei ihrem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Dachau einen Kranz nieder: „Für mich ist das ein besonderer Moment“

Fotos: dpa

Historischer Besuch oder Wahlkampfpäuschen?

Historischer Tag in Dachau: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat am Dienstag das ehemalige Konzentrationslager in Bayern besucht. Das hat noch keiner ihrer Vorgänger im Amt getan. „Für mich ist es ein sehr besonderer Moment“, sagte Merkel, die bei ihrem Besuch mit Holocaust-Überlebenden zusammentraf. „Die Erinnerung an diese Schicksale erfüllt mich mit tiefer Trauer und Scham.“ Die Erinnerung müsse von Generation zu Generation weitergegeben werden. „Junge Menschen müssen wissen, welches Leid von Deutschland ausgegangen ist“, sagte Merkel. Gemeinsam mit dem Holocaust-Überlebenden Max Mannheimer legte sie einen Kranz nieder.

Die Kanzlerin dankte Mannheimer und anderen



Der Holocaust-Überlebende Max Mannheimer (93) hatte Merkel eingeladen

Überlebenden. „Es ist eine große Ehre, dass sie mit mir die KZ-Gedenkstätte Dachau besuchen“, sagte Merkel. „Herzlichen Dank, dass ich heute hier sein darf.“

Ihr Besuch hatte zuvor aber auch einigen Wirbel ausgelöst, weil er in einem kurzen Zeitfenster

zwischen zwei Wahlkampfauftritten in Erlangen bei Nürnberg und der Stadt Dachau stattfand. In Dachau trat Merkel im Anschluss in einem Bierzelt auf (Foto rechts). Regierungssprecher Steffen Seibert sagte, der Holocaust-Überlebende Mannheimer

habe die Kanzlerin zum Besuch der KZ-Gedenkstätte eingeladen, nachdem er von ihrem geplanten Auftritt in der Stadt erfahren habe.

Die Bundestagsfraktionschefin der Grünen, Renate Künast, wettete jedoch gegenüber der *Leipziger Volkszeitung*: „Wer es ernst mit dem Gedenken an einem solchen Ort des Grauens meint, der macht einen solchen Besuch garantiert nicht im Wahlkampf.“ Künast nannte es „eine geschmacklose und unmögliche Kombination“, dass Merkel direkt nach ihrem KZ-Besuch eine Wahlkampfrede im CSU-Bierzelt hielt. Der Historiker Wolfgang Benz kritisierte im *Bayerischen Rundfunk*, es wirke beiläufig, „wenn man, kurz bevor man dann ins Festzelt zum Wahlkampf geht, noch den Kranz nieder-

legt und Betroffenheit äußert“.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland verteidigte die Regierungschefin hingegen: „Mit Frau Merkel besucht immerhin erstmals ein deutscher Kanzler die KZ-Gedenkstätte in Dachau“, sagte der Zentralratsvorsitzende Dieter Graumann ge-



Renate Künast

genüber *Spiegel Online*. Er werde auf jeden Fall der letzte Mensch im Land sein, der einen Besuch der Kanzlerin in Dachau kritisiere. Der 85 Jahre alte Holocaust-Überlebende Abba Na-

or sagte lapidar: „Die Hauptsache ist, sie war da. Was sie danach macht, ist egal.“



Prost! Angela Merkel gestern Abend beim Wahlkampfauftritt im Dachauer Bierzelt

„Das Engagement der Kanzlerin überzeugt mich“

Welche historische Bedeutung hat der Besuch von Kanzlerin Angela Merkel in der KZ-Gedenkstätte Dachau?

Prof. Michael Wolffsohn, Historiker und Publizist (www.wolffsohn.de): Man darf die Vokabel „historisch“ nicht inflationieren. Das wird nicht nur mir als Historiker unerträglich. Der Besuch ist angebracht, nicht „historisch“, und es ist löblich, dass er im Alltag geschieht. Das zeigt: Die dunkle Seite der Geschichte gehört, wie die helle zur Geschichte insgesamt. Das heißt Historisches verstehen, ohne Phrasen. Merks Engagement ist ein gleichermaßen persönliches wie gesamtgesellschaftliches Zeichen, dass sich die vergangenheitspolitische Lage weiter entspannt.

Was meinen Sie damit?

Wolffsohn: In den vergangenen Jahren hat sich erkennbar etwas verändert. Früher hätte so ein Besuch einem Kanzler im Wahlkampf sogar schaden können! Mittlerweile ist das Gedenken ein ganz natürlicher Bestandteil des bundesdeutschen Alltags geworden und eben nicht nur inhaltloses Ritual. Auch für heutige Wähler aus dem Mitte-Rechts-Spektrum hat das nichts Abschreckendes mehr. Das war vor einigen Jahren noch anders.

Grünen-Fraktionschefin Renate Künast wirft Merkel vor, der Besuch der Gedenkstätte und die Wahlkampfrede kurz darauf sei eine „ge-

-Interview mit

Prof. Michael Wolffsohn
Historiker und Publizist



schmacklose und unmögliche Kombination“

Wolffsohn: Frau Künast scheint nicht zu wissen, dass man in Deutschland mit KZ-Besuchen keine Stimmen gewinnt, sondern eventuelle verliert, weil jedes Volk nur gerne die eigenen Schokoladenseiten sieht. Deshalb doppelt Respekt vor der Kanzlerin.

Halten Sie das Engagement der Kanzlerin auch persönlich für überzeugend?

Wolffsohn: Unbedingt! Die Kanzlerin hat es in Sachen Geschichtspolitik – vor allem

auf dem äußerst sensiblen Feld der Judenverfolgung und -ermordung – wirklich nicht leicht. Denn man muss die innerdeutsche jüdische Perspektive mit der gesamtjüdischen sowie der israelischen verbinden. Das ist nicht nur heikel, sondern ziemlich unpopulär. Mit Blick auf diese schwierigen Voraussetzungen leistet Angela Merkel Herausragendes.

In welcher Tradition steht Merkel da?

Wolffsohn: Sie setzt den Kurs der CDU-Kanzler fort. Sie haben enorme Risiken auf sich genommen, um ein gutes Verhältnis zur jüdischen Gemeinschaft aufzubauen. Bei ihnen war das sichtbare Engagement für die jüdische Welt

und das damit einhergehende klare Bekenntnis zur historischen Verantwortung immer stärker als bei SPD-Regierungschefs. Konrad Adenauer etwa hat das Wiedergutmachungsabkommen 1952 gegen die öffentliche Meinung durchsetzen müssen. Auch in seiner eigenen Fraktion gab es erheblichen Widerstand. Und Helmut Kohl hat 1985 in Bergen-Belsen eine beachtliche, Rede gehalten – inhaltlich und ethisch mindestens so wichtig wie die berühmte Rede Richard von Weizsäckers vor dem Bundestag ein Jahr zuvor. Gerhard Schröder ging dagegen sogar geradezu polternd auf Distanz zur jüdischen Welt und Israel. Als Bundeskanzler hat er das Land nur einmal besucht.

INTERVIEW: MK.